

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 65 / 06. 04. 2004

AKTIV

Vom Umweltinstitut München e.V. - Newsletter vom 1. April 2004

1. Aktion gegen die Annullierung des Gentechnikgesetzes durch die CDU/CSU. Die von der Union regierten Länder moechten über den Bundesrat das ohnehin schon umstrittene Gentechnik-Gesetz noch mehr zugunsten der Biotechnologie-Industrie aufweichen. Der Anbau von gentechnisch veraenderten Pflanzen soll ohne Ruecksicht auf die Folgen erleichtert werden – und der Steuerzahler traegt die Kosten und Risiken. 70 Prozent der Verbraucher in Europa wollen keine gentechnisch veraenderten Lebensmittel. Helfen Sie mit, dies den Politikern klar zu machen damit sie für die Beduerfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher einstehen – und nicht für die Interessen einiger Konzerne.

2. Protestaktion gegen den neuen Vorschlag der EU-Kommission zur gentechnischen Verunreinigung des Saatgutes Die EU will sich dem Druck aus den USA beugen und – anstelle wie bisher bei der Nachweisgrenze zu kennzeichnen – Schwellenwerte bei der Einfuehrung von Saatgut einfuehren. Das hieÙe, dass das Saatgut, je nach Pflanze, 0,3 bis 0,5 Prozent gentechnisch verunreinigt sein dürfte, ohne dass der anbauende Landwirt dies wüsste. Die Rechte der Verbraucher und Landwirte, die auch weiterhin gentechnikfrei essen und anbauen wollen, werden dabei missachtet. In Zukunft würde es kaum mehr möglich sein, gentechnikfreie Lebensmittel zu bekommen. Dieser Einfuehrung von Gentechnik durch die Hintertür wollen wir die Stirn bieten.

Wenn auch Sie in Zukunft gentechnikfrei essen möchten, sagen Sie dies den Politikern. Beide

Aktionen finden Sie unter <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m382.htm>

3. Bundesweite Demonstration gegen Gentechnik in Stuttgart

„Wir bleiben sauber“ heißt die bundesweite Großdemonstration gegen Gentechnik in der Landwirtschaft. Das Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft ruft zum **18. April 2004, 11 Uhr** zu einer Großveranstaltung nach Stuttgart auf. Auftakt bildet eine Schleppersternfahrt. Ein bunter Zug aus Landwirten, Imkern, Verbrauchern und Köchen zieht mit flotter Musik durch Stuttgart. Die Teilnehmer erscheinen in ihrer Arbeitskleidung oder mit Kochtöpfen, in die keine gentechnikmanipulierten Lebensmittel kommen.

Auf der Kundgebung sprechen prominente Redner aus dem In- und Ausland. Für gentechnikfreie Verpflegung ist gesorgt. Musik und Unterhaltung für die ganze Familie bereichern die Demo. Ein Infozelt für Presse, Vernetzung und Diskussionen steht bereit. Weitere Informationen:

<http://www.gentechnik-freie-landwirtschaft.de/>

Umweltinstitut München e.V., Schwere-Reiter-Str. 35 / 1 b, D-80797 München

<http://www.umweltinstitut.org>, hu@umweltinstitut.org

=====

CHEMIKALIEN - EU - REACH

Zur Information, wie die Industrie argumentiert:

REACH-Verordnung belastet die Chemie-Industrie. Presseinformation zur 5. Handelsblatt-Jahrestagung für die Chemische Industrie. Chemie 2004. (05./06. Mai 2004; Bad Homburg). [EUROFORUM Deutschland GmbH - 08.03.04 -

08.03.04 Düsseldorf (ots) - Düsseldorf, März 2004. Mit der so genannten REACH Verordnung will die EU die mehr als 40 Richtlinien und Verordnungen des europäischen Chemikalienrechts reformieren. Nach Schätzung der EU-Kommission werden der Chemischen Industrie dadurch in den nächsten elf Jahren rund zwei Milliarden Euro zusätzliche Kosten entstehen. In der Industrie ist sehr umstritten, ob das REACH-System wirklich zu mehr Gesundheits- und Umweltschutz führt und die erheblichen Kosten rechtfertigt. Auf der Handelsblatt-Jahrestagung "Chemie 2004" (05. und 06. Mai 2004, Bad

Homburg) führen die Entscheider der Chemischen Industrie, wie z.B. der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Dr. Jürgen Hambrecht, die Diskussion über die Auswirkungen von REACH auf den Standort Deutschland und Europa weiter.

Die Ergebnisse der strikten Rationalisierungsprogramme der letzten Jahre stellt Jean-Pierre Clamadiou (Rhodia S.A.) am Beispiel des Turn-a-round von Rhodia vor. Die erfolgreiche Restrukturierungs- Strategie von Celanese erläutert das Vorstandsmitglied Dr. Andreas Pohlmann. Die Reaktionen europäischer Chemie-Unternehmen auf die derzeitigen hohen Rohstoffkosten, die

Dollar-Schwäche und die sinkenden Margen durch den Wettbewerb mit asiatischen Billig- Anbietern zeigt u.a. Dr. Bernhard Hofmann, Bereichsvorstand der Degussa AG, auf. Der Chemieexperte von A.T. Kearney, Dr. Sven Uwe Vallerien, geht auf die Kundenindustrie der Chemie ein und fragt: "Werden die Kunden von heute auch die Kunden von morgen sein ?"

Die Konsolidierung in der Fein- und Spezialchemie, die Neuordnung der Prozessketten sowie Innovationen und Nachhaltigkeit sind weitere Themen des etablierten Branchentreffs.

URL steht nicht mehr zur Verfügung

Zu REACH auch:

Bundestag: Plenardrucksache 15/103: **Entschliessungsantrag für eine nachhaltige EUChemikalienpolitik, Innovationen fördern**

Scherrmann: Interessant ist m. E., dass mögliche Gesundheitsschädigungen durch Chemikalien nur von einem einzigen Redner kurz (bzgl. der Krankheitskosten, s. u.) angesprochen wurden.

Deutscher Bundestag – 15. Wahlperiode – 103. Sitzung. Berlin, Freitag, den 2. April 2004 (Protokoll per email ueber info@safer-world.org)

Seite 5: Heinz Schmitt (Landau) „ Eine ausgewogene Betrachtung bedarf auch einer angemessenen Würdigung des Nutzens. Für einen Teilbereich lässt sich dieser Nutzen bereits jetzt quantifizieren. Die EU geht davon aus, dass in einem Zeitraum von 30 Jahren allein 50 Milliarden Euro bei den **Krankheitskosten** eingespart werden können, weil der Umgang mit Chemikalien sicherer wird und Krankheiten vermieden werden können. Allein diese Zahl zeigt, dass REACH für die europäischen Staaten und für uns Bürger als Verbraucher, als Konsumenten und als Nutzer große Vorteile bringt.“

=====

CHEMIKALIEN - PHTALATE

Von CBG: Pressemitteilung vom 19. März 2004

Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert Anwendungsverbot für Phthalate neue Studie: Risiken für Hormonhaushalt höher als bisher angenommen

Wissenschaftler der Universität Erlangen haben in einer von der Deutschen Forschungsgesellschaft geförderten Studie herausgefunden, dass die Bevölkerung deutlich mehr Weichmacher (sog. Phthalate) aufnimmt als bisher vermutet. Phthalate sind in der Umwelt weit verbreitet und gelten als höchst gesundheitsgefährdend, weil sie in den Hormonhaushalt eingreifen und die Fortpflanzung und Entwicklung schädigen. Die gestern veröffentlichte Studie kommt zu dem Schluss, dass besonders Kinder in hohem Maß gefährdet sind.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: "Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Phthalate haben in Produkten des täglichen Bedarfs nichts zu suchen - alle risikoreichen Anwendungen müssen sofort verboten werden." Mimkes wirft den Herstellern, u.a. der Leverkusener BAYER AG vor, die Gefährdung der Bevölkerung billigend in Kauf zu nehmen. "Die Gefahren, die von hormonaktiven Substanzen wie Phthalaten oder Bisphenol A ausgehen, sind seit langem bekannt. Trotzdem verharmlost der BAYER-Konzern beharrlich die Risiken und verhindert mit seinem politischen Einfluss ein Verbot gefährlicher Anwendungen.

Weichmacher wie Diethylhexylphthalat (DEHP) gehören zu den wichtigsten Industriechemikalien. Von den jährlich weltweit produzierten 2 Millionen Tonnen DEHP werden 90 Prozent als Weichmacher für PVC eingesetzt. Weitere Anwendungsgebiete sind Körperpflegemittel und Textilien. In Deutschland werden pro Jahr rund 250.000 Tonnen DEHP verbraucht.

Wissenschaftler und internationale Expertenkommissionen bringen die Phthalataufnahme der Bevölkerung in Verbindung mit dem seit Jahrzehnten beobachteten Rückgang der Spermienzahlen und damit der männlichen Fruchtbarkeit. Auch die Zunahme von Hodenkrebsfällen und Missbildungen männlicher Geschlechtsorgane werden im Zusammenhang mit der Phthalatbelastung diskutiert.

weitere Informationen senden wir gerne zu

Coordination gegen BAYER-Gefahren, CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.de

17.03.04

PVC-Weichmacher: Gesundheitsrisiko für Kinder

DFG veröffentlicht Untersuchungsergebnis über Phthalate Erlangen/Nürnberg (pte, 16. Mär 2004 15:04) - Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in einer heute, Dienstag, veröffentlichten Studie auf die Gefährlichkeit des PVC-Weichmachers DEHP (Diethylhexylphthalat) hingewiesen.

Demnach ist die Aufnahme von hormonell wirksamen Stoffen im menschlichen Organismus wie dies etwa die Weichmacher Phthalate sind, wesentlich höher als bisher angenommen. Diese Stoffe sind stark verbreitet und gelten als höchst gesundheitsgefährdend, weil sie in den Hormonhaushalt des Menschen eingreifen und die Fortpflanzung und Entwicklung schädigen.

Das DFG-Projekt, das von Forschern der Universität Erlangen-Nürnberg unter der Leitung von Jürgen

Angerer von der Poliklinik für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin durchgeführt wurde, hat ergeben, dass vor allem Kinder größere Mengen der Stoffe aus der Umwelt aufnehmen, als bisher bekannt. Phthalate wie der Weichmacher DEHP gehören zu den wichtigsten Industriechemikalien und werden in sehr großen Mengen erzeugt. Von den jährlich weltweit produzierten zwei Mio. Tonnen DEHP werden 90 Prozent als Weichmacher für PVC eingesetzt. Phthalate werden aber auch in vielen anderen Bereichen wie bei der Herstellung von Körperpflegemitteln und Textilien beigemischt. Der Mensch nimmt die Phthalate vorwiegend mit der Nahrung und der Atemluft auf. Auf diesem Weg gelangen sie in den Organismus, wo sie auf den Hormonhaushalt wirken.

Wissenschaftler und internationale Expertenkommissionen bringen die Phthalataufnahme der Bevölkerung mit dem seit Jahrzehnten beobachteten Rückgang der Spermienzahlen und damit der männlichen Fruchtbarkeit in Verbindung. Auch die Zunahme von Hodenkrebsfällen und Missbildungen der männlichen Geschlechtsorgane wird im Zusammenhang mit der Phthalatbelastung diskutiert. Die Ergebnisse der Untersuchungen überschreiten in einigen Fällen sogar den TDI-Wert, das ist die Dosis, die ein Mensch über das ganze Leben hinweg täglich aufnehmen kann, ohne dass schädliche Wirkungen auftreten, so die Erlanger Wissenschaftler. Die Forscher haben darauf hingewiesen, dass bei der Neubewertung der Gesundheitsrisiken durch DEHP der auf Hormone besonders empfindlich reagierende Organismus von Neugeborenen und Kindern geschützt werden muss. Das Wissenschaftliche Komitee für Toxikologie, Ökotoxikologie und Umwelt der Europäischen Kommission (CTSEE) hat daraufhin die Ergebnisse der Erlanger Forscher weitgehend übernommen. (Ende) URL steht nicht mehr zur Verfügung

CHEMIKALIEN -PESTIZIDE

Von PAN-Germany:

Die neue PAN **Germany Broschüre mit dem Titel "Gläserner Pflanzenschutz, Wissen was drauf kommt, wissen was drin ist"** ist nun online auf der PAN Germany Website www.pan-germany.org als pdf-file verfügbar! Sie beschäftigt sich damit, warum Daten über Anwendungen von Pestiziden erhoben werden sollten und welche Möglichkeiten es gibt, diese Erhebung durchzuführen. Die Broschüre bietet u.a.: Informationen über die rechtliche Situation zur Erfassung des Pestizideinsatzes in Deutschland, wie Anwendungsdaten bereits genutzt werden und welche Wege zum transparenten Pflanzenschutz in Deutschland möglich sind.

Die Broschüre kann unter folgendem Link: <http://www.pangermany.org/download/glaespflanzenschutz.pdf> heruntergeladen werden oder bei unten genannter Adresse für 5,00 Euro zuzüglich Versandkosten bestellt werden.

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. PAN Germany): <http://www.pan-germany.org>

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Presseerklärung von Frau Dr. Stoecker und IGUMED:

Zorneding (ots) - **Der Bundesgerichtshof spricht sich weiterhin für die wissenschaftlich umstrittene Bestrahlung der Bevölkerung durch Mobilfunk aus.**

Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil (AZ VZR 217/03 Ende Febr. 04) die Bevölkerung erneut zum bisher größten Menschenversuch

mit gepulsten elektromagnetischen Strahlen freigegeben. Er bestätigte damit die Haltung der Mobilfunkindustrie und

Strahlenschutzkommission, die gültigen Grenzwerte für Mobilfunkstrahlen schützen die Gesundheit und es gäbe keinen

Nachweis auf gesundheitliche Risiken. Der explosionsartige Anstieg von Zivilisationserkrankungen in den letzten 10 Jahren scheint dabei

nicht berücksichtigt worden zu sein.

Wir appellieren deshalb an die Richter auf allen Ebenen, den Mut zu haben, unabhängig vom Diktat einer Industrie und deren

Gefolgsleuten allein ihren ethischen Verpflichtungen nachzukommen.

Wir appellieren ferner an alle selbstverantwortlich handelnden Menschen,

- sich über die Gesundheitsgefahren von Mobilfunk durch unabhängige und kritische Stellen zu informieren.

- sich nicht blindlings und ohne die gesundheitlichen Folgen zu bedenken, von den Verlockungen der neuen Technologie blenden zu

lassen, d.h.:

- die eigene Mobilfunknutzung kritisch zu überprüfen und zu bedenken: Denn mit jedem Kauf und jeder Nutzung eines

Schnurlostelefon, eines Handy, einer schnurlosen Technik (Blue-Tooth, WLAN), besonders mit dem "Wellenmix" von UMTS,

erhöhen Sie Ihre Bestrahlung und Gesundheitsgefährdung und die Ihrer Mitwelt, und Sie fördern

den Ausbau neuer Sendestationen.

- öffentlich anhaltend gegen das Urteil des BGH und den ungebremsten Ausbau des Mobilfunks zu protestieren.

- zum Schutz vor zunehmender Gesundheitsgefährdung sich in einer über 15.000 Bürgerinitiativen zum Schutz vor Elektrosmog zu organisieren.

- die mutige Aktion der Bürger von Bruchköbel zu unterstützen, die bis vor dem BGH prozessierten, und sie dabei zu unterstützen,

Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben. (Hirt-GmbH@tonline.de)

Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin IGUMED, 28203 Bremen. - Initiative zum Schutz vor Elektrosmog Südbaden, 79256

Buchenbach. - Verein für Elektrosensible, 80804 München. - Traunsteiner Initiative zum Schutz vor Mobilfunk, 83278 Traunstein. -

Bundesverband Elektrosmog, 71332 Waiblingen. - Bürgerwelle e.V., 95643 Tirschenreuth.

ots Originaltext: Verein für Elektrosensible e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.

[/story.htx?firmaid=53768](http://story.htx?firmaid=53768)

Pressekontakt: Dr. Birgit Stöcker, Herzog-Arnulf-Str. 43, 85604 Zorneding, Tel. 08106-2022

=====

GEN-MODIFIZIERTE NAHRUNG

Friends of the Earth Europe und Coordination gegen BAYER-Gefahren: Pressemitteilung vom 22. März 2004

EU muss Import von Gen-Reis ablehnen

Antrag von Bayer gefährdet weltweit die Ernährungssicherheit

Umweltverbände fordern die Europäische Union auf, keine Importgenehmigung für gentechnisch veränderten Reis zu erteilen. Die Mitgliedsstaaten der EU haben lediglich bis kommenden Sonntag Zeit, Einspruch gegen den Antrag der Firma Bayer CropScience einzulegen. Bayer hat als erstes Unternehmen eine europäische Zulassung für genmanipulierten Reis beantragt. Die in Frage kommende Reissorte ist gegen das von Bayer hergestellte Herbizid Glufosinat resistent.

Friends of the Earth Europe und die Coordination gegen BAYER-Gefahren befürchten, dass "das weltweit wichtigste Nahrungsmittel in die Hände multinationaler Unternehmen fällt". Dies hätte gefährliche Folgen für die Entwicklungsländer und würde langfristig die weltweite Ernährungssicherheit gefährden. Für rund 2,5 Milliarden Menschen ist Reis das Hauptnahrungsmittel. Die Verbände geben außerdem zu bedenken:

- Bislang wurden keine Langzeitstudien zu möglichen Gesundheitsgefahren für Verbraucher durchgeführt;

- Von Bayer durchgeführte Fütterungsstudien an Hühnern wurden von britischen Behörden als "begrenzt aussagefähig" bezeichnet. Untersuchungen an Schweinen ergaben eine veränderte Gewichtszunahme bei Fütterung mit Gen-Reis;

- im Antrag von Bayer befindet sich keine Abschätzung der Risiken für die fünf EU-Staaten, in denen Reis angebaut wird (Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Frankreich).

Geert Ritsema von Friends of the Earth: "Genmodifizierter Reis stellt ein Gesundheitsrisiko für europäische Verbraucher dar und kann langfristig die Ernährung von Millionen Menschen außerhalb der EU gefährden. Bei der Beurteilung des Antrags der Firma Bayer hat die EU die moralische Verantwortung, diese Risiken mit zu berücksichtigen."

"Eine Import-Genehmigung nach Europa gibt den multinationalen Konzernen grünes Licht, umweltfeindliche Anbaumethoden in Entwicklungsländer durchzusetzen. Das Hauptnahrungsmittel der Welt in die Hände von Unternehmen wie Bayer zu geben wäre ein gefährlicher Präzedenzfall", so Ritsema weiter.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren ergänzt: "Ungeachtet aller Risiken versucht der Bayer-Konzern, die grüne Gentechnik im Markt durchzusetzen. Auch haben sich die Ankündigungen der Konzerne, mittels Gentechnik das Welthunger-Problem zu lösen, als bloße Produkteinführungskampagnen erwiesen. Wir fordern Bayer auf, aus der Produktion von gentechnisch veränderten Pflanzen auszusteigen."

Kontakt:

Geert Ritsema, Gentechnik Koordinator Friends of the Earth Europe, mobil: +31-6-29005908, Büro: +32-2-542 0182

Philipp Mimkes, Coordination gegen BAYER-Gefahren; 0211- 333 911, CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

Gerne senden wir ein Hintergrundpapier zu den von Gen-Reis ausgehenden Risiken für Umwelt und Ernährungssicherheit zu (in Englisch)

=====

KURZINFO

05.04.2004

Passivraucher: Hoeheres Todesrisiko erwiesen. London/Wellington (dpa) - Passivraucher haben einer neuseeländischen Studie zufolge ein 15 Prozent höheres Todesrisiko als Menschen mit einem rauchfreien Zuhause. In einer der weltweit größten derartigen Untersuchungen hatten ü

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=4&d=6&id=110178>

Anmerkung Scherrmann: Wen wunderts? Wahrscheinlich wird es auch noch ca. 50 Jahre dauern, bis aehnliche Aussagen zu „Passivduftern“ gemacht werden, und dann nochmals 50 Jahre bis politische Konsequenzen gezogen werden?

19.03.2004

Häufige Frühinvalidität bei Lehrern durch psychische Erkrankungen

KÖLN. Die Erhaltung und Wiederherstellung der seelischen Gesundheit von Lehrkräften muss Priorität haben, um der hohen Rate von Frühinvalidität zu begegnen.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15782>

Anmerkung Scherrmann: Ueber die Auswirkungen neurotoxischer Substanzen (u. a. in den ca. 16 000 z. T. hoch mit PCB, Asbest, Formaldehyd, PCPs, Lindan, Schimmel belastete Schulen) wird dabei nicht diskutiert.

16.03.2004

Riechsinn schützt vor Vergiftungen und Unfällen

RICHMOND/VIRGINIA. Der Geruchsinn des Menschen hat sich zwar im Verlauf der Evolution immer weiter zurückentwickelt, er ist aber keineswegs überflüssig geworden.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15739>

Anmerkung Scherrmann: Es macht Sinn, dass MCS-Kranke durch ihren Riechsinn vor weiteren Chemikalienbelastungen gewarnt werden.

28.03.2004

Rauchverbot: Frische Luft in Irlands Kneipen

London/Dublin (dpa) - Zum braunen Guinness-Bier der Zug an der Zigarette: Damit soll es ausgerechnet in den gemütlichen irischen Pubs

jetzt endgültig vorbei sein. Als erstes Land der Europäischen Union - und nach Aussage der Regierung in der Welt...

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=3&d=29&id=109878>

26.03.04

Reale Hilfe für eingebildete Kranke

Eine US-Studie hat bewiesen, dass Psychotherapie Hypochondern effektiv dabei helfen kann, mit ihren Ängsten vor Krankheit umzugehen. Das rätselhafte

Leiden gilt bisher als extrem schwer zu behandeln. <http://www.aerztlichepraxis.de>

Anmerkung Scherrmann: Dann muesste auch feststellbar sein, dass MCS-Kranke keine Hypochonder sind.

Immer mehr Kinder schlucken Antidepressiva

Vor allzu sorglosem Einsatz von Antidepressiva bei Kindern warnen italienische Wissenschaftler. Die Wirksamkeit und Sicherheit der Medikamente

bei den jungen Patienten ist ihrer Meinung nach unzureichend.

<http://www.aerztlichepraxis.de>

Wird Elektrosmog verharmlost?

Schlaflos, unfruchtbar, krank durch elektromagnetische Strahlung? "Durchaus möglich!", meinen Vertreter des Zentralverbandes der Ärzte für Naturheilverfahren. <http://www.aerztlichepraxis.de/>

Spiegel: USA: Rauchverbot an Los Angeles Stränden. Nach Einführung eines Rauchverbots in Restaurants und Bars setzen sich Zigarettengegner in Kalifornien nun für ein Rauchverbot an Stränden ein. <http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,druck-292710,00.html>

25.03.2004

Honig: Mit Antibiotika und Fremdstoffen belastet

Berlin (dpa) - Honig ist nach Erkenntnissen der Stiftung Warentest häufig mit Medikamenten, Schadund

Fremdstoffen belastet. Mehr als die

Hälfte von 34 untersuchten Mischblüten- und Sortenhonigen habe von den Testern ein mangelhaftes Urteil...

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=3&d=26&id=109821>

Häufigste Beschwerden: Migräne und Kopfschmerzen

Frankfurt/Main (dpa) - Kopfschmerzen führen nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für

Schmerztherapie seit den 90er Jahren die Liste der häufigsten Beschwerden an. 67,3 Prozent der Bevölkerung sagen, dass sie Kopfschmerzen haben, jeder Zehnte...

<http://www.netdokter.de>

Anmerkung Scherrmann: Mich wuerde dabei z. B. interessieren, wie oft Migraene und andere Kopfschmerzen durch bestimmte Substanzen in Duftstoffen ausgelost werden. In meinem Bekanntenkreis machen alle die Erfahrung, dass ihre Migraene oder andere Kopfschmerzen – zwar nicht immer, jedoch sehr haeufig – durch Substanzen in Duftstoffen ausgelost werden.

Allergie: Neue Stiftung erforscht Ursachen

Berlin (dpa) - Einer besseren Behandlung für Menschen mit Allergien widmet sich künftig die Europäische Stiftung für Allergieforschung in Berlin. **Rund 30 Prozent aller Europäer leiden an Krankheiten wie Heuschnupfen, Asthma oder Neurodermitis...**

Durch Krankmeldungen und Leistungsschwäche entstehen demnach geschätzte 25 Milliarden Euro volkswirtschaftliche Kosten jährlich in Europa. «Nur zehn Prozent aller Betroffenen werden korrekt behandelt», sagte ECARF-Leiter Torsten Zuberbier. Die Wissenschaftler wollen vor allem jene Zellen aus dem Blut untersuchen, die eine wichtige Rolle bei der überschießenden Immunreaktion gegen eigentlich ungefährliche Stoffe spielen. Dazu gehören Mastzellen und bestimmte weiße Blutkörperchen (Lymphozyten). Die Forschung soll den Angaben zufolge unabhängig von der Pharmaindustrie sein. Mit den Mitteln der Stiftung soll außer der Forschung auch über Allergien aufgeklärt werden. Die Stiftung wurde von einem dänischen Geschäftsmann in einer privaten Initiative ins Leben gerufen. Sie startet mit zwei Millionen Euro Anfangskapital.

<http://www.netdokter.de>

Öko-Schweine billiger und besser für die Umwelt

Konventionelle Zucht: 50 Euro pro Tier mehr - Kosten trägt Allgemeinheit <http://www.pte.at>

23.03.2004

Forschung Pestizide: Auswirkung auf Baby-Entwicklung

New York (dpa) - In zwei ärmeren Stadtvierteln von New York ist erstmals der Zusammenhang zwischen zwei weit verbreiteten Pestiziden und der Größe von Neugeborenen nachgewiesen worden. Die Studie der Columbia Universität deckte auf, dass junge... <http://www.netdokter.de>

Rauchen beschleunigt den Verfall des Gehirns

Verfallsrate bei älteren Menschen fünf Mal höher <http://www.pte.at>

Nicht nur UVB-Strahlen krebserregend

Auch UVA-Strahlen verursachen DNA-Schaden <http://www.presetext.de>

21.03.2004

Landwirtschaft: Ökobauern verhindern Überschwemmungen

Felder, die von Ökobauern bewirtschaftet werden, sind weniger anfällig für Überflutungen. Die "Bio-Ackerböden" können doppelt so viel Wasser aufnehmen wie konventionell bewirtschaftete Flächen. SPIEGEL, <http://www.spiegel.de>

19. 03.2004

Lärm macht Männer krank

Verkehrslärm ab 65 Dezibel steigert die Herz-infarkt-Rate um 30 Prozent. Davon betroffen sind aber nur Männer - ein Phänomen, das Forschern Rätsel: Webadresse nicht mehr oder unter geaenderter Adresse im Netz

Kfz-Innenraeume Allergen-geprueft

Ein neuer Test und ein entsprechendes Siegel des TUEV Rheinland soll kuenftig Allergikern und Menschen mit Ueberempfindlichkeit mehr Schutz vor Schadstoffen im Auto ermoeeglichen.

<http://www.aerztezeitung.de>

18.03.2004

Handy-Strahlung: Nutzer achten zu wenig darauf

Salzgitter (dpa) - Nach einer Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS/Salzgitter) achten Käufer zu selten auf die Strahlenbelastung durch Handys. «Nur etwa 30 Prozent der 2500 Befragten wussten, dass der so genannte SAR-Wert Auskunft über die... <http://www.netdokter.de/>

10. 03. 04

Unfruchtbarkeit: Psychische Gruende eher selten Berlin (dpa) - Ungewollte Kinderlosigkeit hat nur

selten psychische Gründe. «Die verbreitete Vorstellung, dass die Seele einen Knoten hat und es deshalb mit dem Kinderwunsch nicht klappt, ist meist nur ein Vorurteil», sagte Heribert Kentenich

<http://www.netdokter.de>

9.03.04:

Leben in den Staedten Asien macht die Menschen krank Die Menschen in den Städten Asiens sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zunehmend von umweltbedingten Krankheiten bedroht. <http://www.aerztezeitung.de>

=====
RECHT

LSG NRW, Urteil vom 13.01.2004 - L 6 SB 107/01: **Der Grad der Behinderung für eine somatoforme Schmerzstörung** ist entsprechend der Nr. 26.3 der Anhaltspunkte (AHP) für die Ärztliche Gutachtertätigkeit (Neurosen, Persönlichkeitsstörungen, Folgen psychischer Traumen) zu bewerten. Es kommt auf die Einschränkungen der Erlebnis- und Gestaltungsfähigkeit bzw. darauf an, ob und in welchem Maß soziale Anpassungsstörungen vorliegen. Andere Klassifizierungen, die nicht auf den AHP beruhen und deren Grundlage eine Selbstauskunft des Betroffenen ist, sind für die Bestimmung des GdB nicht geeignet.

Aufgenommen wurde für Alle, die Online-Zeitung von V/SB-INFO und anhaltspunkte.de, abgestellt unter <http://www.anhaltspunkte.de>, noch nicht gelesen haben:

BSG, Beschluss vom 20.11.2003 - B 13 RJ 38/03 B:

Die Möglichkeit, nach § 153 Abs. 4 SGG ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss zu entscheiden, ist eng und in einer für die Beteiligten möglichst schonenden Weise auszulegen und anzuwenden. Vor einer Entscheidung durch Beschluss muss das Berufungsgericht auf einen Schriftsatz des Klägers reagieren und den Kläger gegebenenfalls informieren, dass und weshalb es seinen - neuen - Vortrag gegebenenfalls für unerheblich hält. Regt der Kläger nach einem Anhörungsschreiben gemäß § 153 Abs. 4 S 2 SGG die Einholung (weiterer) Gutachten ein, so verstößt eine folgende Entscheidung durch Beschluss ohne Hinweis an den Kläger, dass und weshalb der Anregung nicht gefolgt werde, regelmäßig gegen die Grundsätze des rechtlichen Gehörs und des fairen Verfahrens.

Bayerisches LSG, Urteil vom 19.11.2003 - B 2 U 18/04 B:

Ist in erster Instanz bereits ein Gutachten nach § 109 SGG eingeholt worden, so kann der Anspruch auf Einholung eines solchen Gutachtens damit verbraucht sein.

Im Übrigen beschäftigt sich das Bayerische LSG mit der Frage, welche Anforderungen an die Benennung des Sachverständigen durch einen Kläger zu stellen sind und ob eine Osteomyelitis als Folge eines Berufsunfalls anerkannt werden kann.

LSG Berlin, Urteil vom 28.10.2003 - L 13 SB 44/02:

Den Vorgaben der Anhaltspunkte (AHP) ist in einem medizinischen Gutachten nicht zwingend zu folgen. Um den Gleichbehandlungsanspruch aller Schwerbehinderten zu sichern, sind die Vorgaben der AHP (hier zu Herzerkrankungen) jedoch regelmäßig zu beachten. Ein Abweichen hiervon ist zu begründen. Reichen sie als Anhaltspunkte nicht aus, muss der vom Sachverständigen stattdessen angewendete Maßstab nachvollziehbar medizinisch-wissenschaftlich erklärt und gegebenenfalls durch Literaturhinweise für seine Richtigkeit untermauert werden.

BSG, Urteil vom 23.10.2003 - B 4 RA 37/03: Nach § 62 Halbsatz 1 SGG ist den Beteiligten vor jeder Entscheidung des Gerichts rechtliches Gehör zu gewähren. Dies gilt insbesondere für eine die Instanz abschließende Entscheidung. Ein Urteil darf nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, zu denen sich die Beteiligten äußern konnten (§ 128 Abs. 2 SGG). Nimmt der Rechtsstreit in der mündlichen Verhandlung eine unerwartete Wendung, etwa dadurch, dass bisher nicht erörterte (evtl. entscheidungserhebliche) Gesichtspunkte auftauchen oder das Gericht den Beteiligten mit einer geänderten Rechtsauffassung gegenübertritt, so muss vom Gericht, um Überraschungsentscheidungen zu verhindern, sichergestellt werden, dass sich die Beteiligten sachgemäß zum Prozessstoff äußern können. Dazu ist ihnen angemessene Zeit einzuräumen und die Möglichkeit zu geben, Rat einzuholen, denn die Beteiligten haben Anspruch auf wirkungsvollen Rechtsschutz und auf ein faires Verfahren.

POLITIK - BEHOERDEN

UBA – UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 01.04.04

Einblick per Mausclick: Umweltbelastungen werden transparenter Umweltdaten von 1.800 deutschen Industriebetrieben im Netz / Umweltbundesamt baut nationales Schadstoffregister auf Umweltbelastungen durch Industriebetriebe werden transparenter: Ab heute sind die Einträge von Schadstoffen in die Umwelt von 1.800 deutschen Industriebetrieben im Internet verfügbar. Bundesweit kann damit der Ausstoß der wichtigsten Schadstoffe großer Betriebe in die Luft und das Wasser gezielt abgefragt werden. Die Daten wurden von den Betreibern erhoben und von den zuständigen Behörden der Bundesländer auf Plausibilität geprüft. Deutschland zählte im Mai 2003 zu den 36 Unterzeichnerstaaten, die eigene nationale öffentliche Emissionsregister aufbauen und betreiben wollen. Das Umweltbundesamt (UBA) hat jetzt als ersten Entwurf zu einem nationalen Schadstofffreisetzungs- und Transferregister (PRTR) die deutschen Daten des europäischen Schadstoffregisters ins Netz gestellt). "Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung öffentlicher Zugang zu Umweltinformationen", so UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge. Er forderte die Öffentlichkeit dazu auf, das neue interaktive Angebot intensiv zu nutzen und sich an der Diskussion zur Weiterentwicklung zu beteiligen. Bislang gibt es in Deutschland noch keine Erfahrungen mit

öffentlichen Emissionsregistern. Das Register wurde in einem Forschungsvorhaben des UBA vom Landesamt für Umweltschutz in Karlsruhe entwickelt.

Nur vier Wochen nach dem Start des europäischen Schadstoffregisters (EPER) an der Europäischen Umweltagentur sind jetzt die Daten der Bundesrepublik Deutschland für alle verfügbar. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich damit rasch über den Ausstoß an Schadstoffen einzelner Betriebe in die Umwelt informieren. Aufgenommen sind Industriesparten, die in der EG-Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) genannt sind. Dazu gehören zum Beispiel Kraftwerke, die chemische Industrie oder Müllverbrennungsanlagen. Welche Mengen welcher Schadstoffe jährlich in die Luft und ins Wasser gelangen, ist ab sofort für jeden Standort der Anlagen mit wenigen Klicks erfragbar.

Deutschland hat mit der Unterzeichnung des so genannten PRTR-Protokolls auf der fünften Ministerkonferenz der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UN-ECE) 2003 in Kiev seine aktive Rolle an einer umfassenderen Öffentlichkeitsinformation bekräftigt. Die Mitgliedsstaaten der EU werden künftig nicht nur Daten nach Brüssel liefern, sondern bauen eigene nationale Register auf. EPER soll deshalb in den kommenden Jahren zu einem umfassenden nationalen Schadstofffreisetzungs- und Transferregister (PRTR) ausgebaut werden. Die dafür entwickelte Informationsplattform geht am UBA jetzt in eine erste Testphase. UBA-Präsident Troge würdigte das neue Angebot als Instrument zur Öffentlichkeitsbeteiligung, dass es jetzt zusammen mit den Anwendern zu optimieren gelte. Weitere Umweltbelastungen aus diffusen Quellen, zum Beispiel aus der Landwirtschaft oder aus dem Straßenverkehr sollen dort künftig ebenfalls verfügbar sein.

.... Der Zugriff auf die registrierten Informationen aller beteiligten Länder ist über die englischsprachige Website der Europäischen Umweltagentur unter <http://eper.eea.eu.int> möglich.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-027.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-027.pdf>

Berlin, den 23.03.04

Merkblätter zu "Besten verfügbaren Techniken" - jetzt auf Deutsch Umweltbundesamt veröffentlicht Übersetzungen im Internet

Das Umweltbundesamt (UBA) stellt Merkblätter zu den "Besten verfügbaren Techniken" (BVT) unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/nfp-bat/index.htm> im Internet zur Verfügung. Von den ersten beiden sind die wesentlichen Kapitel nunmehr - im Auftrag des Bundes und der Länder - auch ins Deutsche übersetzt. Nach Artikel 16 (2) der europäischen Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) organisiert die Europäische Kommission einen Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den betroffenen Industriezweigen über die jeweiligen BVT - den so genannten Sevilla-Prozess. Die kontinuierliche Verbesserung der BVT soll eine nachhaltige, also dauerhafte umweltgerechte Produktion erzielen. "Die deutschen Übersetzungen sind eine wichtige Hilfe bei der Genehmigung von Industrieanlagen für Betreiber und Behörden", so Dr. Dieter Cohors-Fresenborg, Leiter des Fachgebietes "Branchenübergreifende Angelegenheiten" im UBA, das auch die nationale Koordinierungsstelle für den Sevilla-Prozess ist.

Die BVT-Merkblätter für verschiedene Industriebranchen entstehen unter der Leitung des europäischen IVU-Büros in Sevilla (EIPPCB) zusammen mit den Mitgliedstaaten und Vertretern der Industrie. Die BVT-Merkblätter unterstützen die nationalen Genehmigungsbehörden beim Erteilen von Genehmigungen. So entsprechen die BVT dem deutschen "Stand der Technik", den alle genehmigungspflichtigen Industrieanlagen erfüllen müssen. "Die Übersetzung ausgewählter Kapitel der BVT-Merkblätter ins Deutsche trägt zu einer praxisnäheren Nutzung der Dokumente in den deutschsprachigen EU-Ländern aktiv bei", so Maria Elander, Koordinatorin des Übersetzungsprojektes.

Bund und Länder haben 2003 eine Vereinbarung über die Übersetzung ausgewählter Kapitel der BVT-Merkblätter getroffen. Das UBA wurde dabei mit der federführenden Organisation des Projektes betraut und von Fachleuten der Länder unterstützt. Das Projekt wird auch von Österreich mitfinanziert. Im Jahr 2003 hat das Amt insgesamt sieben Übersetzungsaufträge vergeben, von denen zwei abgeschlossen sind und von den Internetseiten des UBA unter www.umweltbundesamt.de/nfpbat/kurzue.htm heruntergeladen werden können.

Für 2004 ist die Übersetzung acht weiterer BVT-Merkblätter geplant. Die BVT-Plattform des UBA wird im Laufe des Jahres kontinuierlich aktualisiert und um die neuen Übersetzungen ergänzt werden. Die Übersetzungen helfen zudem der interessierten deutschen Öffentlichkeit, sich über die zukünftige Entwicklung des Standes der Technik in Europa zu informieren.

Weitere Informationen zum BVT und dem Sevilla-Prozess sind im Internet unter www.umweltbundesamt.de/nfp-bat/index.htm verfügbar.

HTML-Version: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-019.htm> PDF-Datei:

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-019.pdf>

Berlin, den 10.03.04

Chronischer Verkehrslärm erhöht das Herzinfarkt-Risiko. Ergebnisse einer neuen Lärmstudie zeigen klaren Zusammenhang

Verkehrslärm und Arbeitslärm sind Risikofaktoren für den Herzinfarkt. Eine neue Studie des Umweltbundesamtes (UBA) untermauert einen Zusammenhang zwischen Straßenverkehrslärm und Herzinfarkt und kommt zu dem Ergebnis: Das Risiko, einen Herzinfarkt zu erleiden, steigt bei Männern um etwa 30 Prozent, falls sie längere Zeit in Gebieten mit hohem Verkehrslärm wohnen, deren mittlerer Schallpegel im Außenbereich am Tag über 65 dB(A) liegt. Dieses Ergebnis bestätigt vorliegende Erkenntnisse. Vor zehn Jahren führte das UBA auf der Grundlage der Berliner Lärmkarte eine Herzinfarktstudie durch. Sie lieferte weitgehend identische, gemessen an der statistischen Signifikanz jedoch nicht so klare Ergebnisse wie die aktuelle Studie.

In dem Forschungsprojekt wurden mögliche Risikofaktoren für den Herzinfarkt untersucht - speziell der Straßenverkehrslärm sowie der Arbeitslärm. Die verkehrslärmbezogenen Untersuchungen - gefördert vom Bundesumweltministerium (BMU) - führte das UBA durch. Die arbeitslärmbezogenen Untersuchungen förderte die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Die Ergebnisse der "NaRoMI"-Studie ("Noise and Risk of Myocardial Infarction) ordnen sich ein in das gemeinsame "Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG)" des Bundesgesundheitsministeriums (BMGS) und des BMU.

An der Studie nahmen insgesamt 4.115 Patienten aus 32 Berliner Kliniken teil. Sie wurden von Forscherinnen und Forschern des Instituts für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie der Charité, Universitätsmedizin Berlin, interviewt. Sie füllten einen Fragebogen zu Lärm-Störungen in ihrem Wohnumfeld aus und beschrieben Lage und Beschaffenheit ihrer Wohnung. Dabei wurden auch andere bekannte Risikofaktoren für den Herzinfarkt - wie Diabetes, Herzinfarkte in der Familie, Rauchgewohnheiten oder soziale Schicht - erfasst.

Das UBA bestimmte mit Hilfe der Lärmkarte der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung den Straßenverkehrslärmpegel außen vor den Wohnungen der Untersuchungsteilnehmer. Die BAuA analysierte auf der Grundlage der Fragebogenangaben die Lärmbelastungen am Arbeitsplatz.

Bei Untersuchungspersonen, die an stark befahrenen Hauptstraßen wohnten, zeigte sich ein leichter Anstieg des Herzinfarkttrisikos gegenüber denjenigen, die in vergleichsweise ruhigen Nebenstraßen wohnten. Dies betraf nur die Männer. Statistisch gesichert werden konnte der Zusammenhang mit dem Verkehrslärm bei denjenigen, die schon länger nicht umgezogen waren. Warum Frauen nicht betroffen waren, bleibt unklar. Möglicherweise spielen hormonelle Einflüsse oder andere Aktivitätsprofile dabei eine Rolle. Neben der objektiven Lärmbelastung war bei Männern auch die Belästigung durch nächtlichen Straßenverkehr und bei Frauen die Belästigung durch nächtlichen Fluglärm mit einem Anstieg des Herzinfarkttrisikos verbunden.

Die Lärmbelastung am Arbeitsplatz war ebenfalls mit einem erhöhten Herzinfarktisiko bei Männern verbunden. Entscheidend für den Effekt scheint hier die Belästigung durch nicht selbst erzeugte Geräusche im Arbeitsraum zu sein - verursacht zum Beispiel durch Telefongespräche von Kollegen oder Bürogeräte.

Die Ergebnisse zum Arbeitslärm deuten darauf hin, dass für die Beurteilung des Herzinfarkttrisikos durch Lärm am Arbeitsplatz eventuell andere Größen als der Schalldruckpegel zu berücksichtigen sind. Sinnvoll wären Methoden, die zum Beispiel die subjektiv empfundene Störung bei der sprachlichen Kommunikation erfassen.

Die Ergebnisse zeigen: Lärm mindernde Maßnahmen in der Umwelt sind dringend erforderlich - sowohl durch Vermeidung des Lärms an der Quelle, als auch durch geeignete planerische Maßnahmen. In gewachsenen Innenstädten lassen sich die Ruhe- und Mobilitätsbedürfnisse des Einzelnen oft nur schwierig miteinander in Einklang bringen. Auch passive Lärmschutzmaßnahmen am Gebäude können helfen, die Lärmbelastung in Innenräumen zu mindern und so vor allem für eine ungestörte Nachtruhe zu sorgen. Denn: Chronischer Umwelt-Lärmstress, der über viele Jahre hinweg auf die Betroffenen einwirkt, erhöht das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

! Die Studie "Chronischer Lärm als Risikofaktor für den Myokardinfarkt - Ergebnisse der "NaRoMI"-Studie" ist in der Reihe WaBoLu-Hefte des Umweltbundesamtes als Nr. 02/04 erschienen, umfasst 426 Seiten und kostet 10,- Euro. Sie ist erhältlich bei Werbung und Vertrieb, Wolframstraße 95-96, 12105 Berlin, Fax: 2 18 13 79; e-Mail: berlin@wundv.com. Eine Bestellung ist auch über die Adresse uba@stk.de möglich.

=====

ROBERT-KOCH-INSTITUT

Berlin, 11.03.2004

Kinder und Ernährung. Neues Schwerpunktheft des Bundesgesundheitsblattes erschienen

Trotz Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und Fortschritte in der Medizin gibt es gravierende Gesundheitsprobleme bei Kindern und Jugendlichen. Insbesondere der dramatische

Anstieg von Übergewicht ist ein ernst zu nehmendes Problem. In Deutschland ist mittlerweile jedes fünfte Kind und jeder dritte Jugendliche übergewichtig. Ebenso bedenklich ist eine andere Tendenz: mit Beginn der 80er-Jahre ist bei Kindern und Jugendlichen gleichfalls ein Anstieg von Essstörungen wie der Magersucht (Anorexia nervosa) und der Ess-Brechsucht zu verzeichnen (Bulimia nervosa). Heute ist es nahezu zu einer Verschmelzung der Begriffe Schönheit und Schlankheit gekommen, und gerade junge Mädchen eifern diesem Ideal trotz des Risikos von erheblichen gesundheitlichen Schäden immer häufiger nach. Die aktuelle Ausgabe des Bundesgesundheitsblattes mit dem Leitthema "Kinder und Ernährung" zeigt die große medizinische und gesundheitspolitische Bedeutung und die öffentliche Verantwortung für dieses Thema.

Acht Aufsätze geben einen umfassenden und aktuellen Überblick über die bisherigen Forschungsergebnisse und den Stand der wissenschaftlichen Diskussion. Darüber hinaus werden Strategien zur Prävention von Übergewicht und Möglichkeiten zur Veränderung des Ernährungsverhaltens vorgestellt. In drei Beiträgen steht das Ernährungsverhalten und die Verbesserung der Ernährungssituation im Vordergrund. Hier werden die altersabhängigen Verzehrsmuster, Instrumente zur Ermittlung des Ernährungsverhaltens sowie die Notwendigkeit der Festlegung international anerkannter Referenzwerte für die Nährstoffzufuhr dargelegt und diskutiert. Außerdem werden erläutert der Einfluss von Geschlecht- und Sozialschichtzugehörigkeit auf das Ernährungsverhalten und entsprechende Konzepte, um insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Präventionsprogramme einzubeziehen. Die Rolle der Schule bei der Vermittlung von Ernährungswissen ist ein weiteres Thema. Weitere Beiträge widmen sich dem Ausmaß, den Ursachen, dem Krankheitsverlauf und insbesondere den bereits durchgeführten oder noch laufenden Präventionsprogrammen der wichtigsten Essstörungen im Kindes- und Jugendalter: Magersucht, Bulimie und Adipositas.

Außerdem in der März-Ausgabe: der Tagungsbericht zu einer Konferenz über Impfstoffentwicklung und innovative Therapien bei HIV/AIDS, eine Zusammenfassung der Datenbanken in Deutschland, die toxikologische Fragestellungen bearbeiten, ein Bericht über die Lebenserwartung im Ost-West-Vergleich sowie ein Beitrag zur hausärztlichen Konsultation anlässlich akuter respiratorischer Erkrankungen.

Das Bundesgesundheitsblatt wird herausgegeben von den Bundesinstituten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. Das Robert Koch-Institut ist Sitz der Redaktion. Die Monatszeitschrift ist über den Buchhandel erhältlich oder direkt beim Verlag (Springer-Verlag, Tel: 06221-345-4303, Fax: 06221-345-4229, subscriptions@springer.de). Presseexemplare können bei der RKI-Pressestelle angefordert werden. Weiter Informationen:

<http://www.springer.com/sgw/cda/frontpage/0,11855,1-40086-0-0-0,00.html?referer=www.bundesgesundheitsblatt.de%2F>

Herausgeber: Robert Koch-Institut, Pressestelle, Nordufer 20, 13353 Berlin, E-Mail: presse@rki.de
<http://www.rki.de>

=====
Ende des newsletter/d/65

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk fuer eine gesuendere Umwelt